

Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben\* vom 28. Oktober 2008

**4454 a**

**A. Beschluss des Kantonsrates  
über die kantonale Volksinitiative zum Abbau  
von Vorschriften und administrativer  
Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen  
«KMU-Entlastungsinitiative»**

(vom .....

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 28. November 2007 und der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 28. Oktober 2008,

*beschliesst:*

I. Die Volksinitiative zum Abbau von Vorschriften und administrativer Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen («KMU-Entlastungsinitiative») wird abgelehnt.

II. Die nachstehende Vorlage B für ein «Gesetz zur administrativen Entlastung von Unternehmen» (EntlG) wird als Gegenvorschlag zur Volksinitiative beschlossen.

III. Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag werden den Stimmberechtigten zur gleichzeitigen Abstimmung unterbreitet. Wird die Volksinitiative zurückgezogen, so untersteht der Gegenvorschlag dem fakultativen Referendum.

---

\* Die Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Regula Götsch Neukom, Kloten (Präsidentin); Werner Bosshard, Rümlang; Susanne Brunner, Zürich, Andreas Burger, Urdorf; Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon; Ralf Margreiter, Oberrieden; Robert Marty, Affoltern a. A.; Daniel Oswald, Winterthur; Peter Preisig, Hinwil; Peter Ritschard, Zürich; Peter Roesler, Greifensee; Hansjörg Schmid, Dinhard; Hedi Strahm, Winterthur; Arnold Suter, Kilchberg; Thomas Wirth, Hombrechtikon; Sekretär: Andreas Schlagmüller.

IV. Der Beleuchtende Bericht wird vom Regierungsrat verfasst.

V. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 28. Oktober 2008

Im Namen der Kommission

Die Präsidentin:

Der Sekretär:

Regula Götsch Neukom

Andreas Schlagmüller

---

## **B. Gegenvorschlag des Kantonsrates**

### **Gesetz zur administrativen Entlastung der Unternehmen (EntlG)**

(vom .....)

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 28. November 2007 und der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 28. Oktober 2008,

*beschliesst:*

Zweck

§ 1. <sup>1</sup> Dieses Gesetz bezweckt, dass der administrative Aufwand der Wirtschaftsunternehmen bei der Erfüllung von Vorschriften möglichst gering ist. Die Gesetzgebung soll KMU-tauglich ausgestaltet werden. Der Kanton sorgt namentlich dafür, dass

- a. die Zahl der anzusprechenden Behörden oder Verwaltungsstellen tief ist,
- b. für den Verkehr mit Behörden und Verwaltung elektronische Mittel zur Verfügung stehen,
- c. die Formulare einheitlich und einfach ausgestaltet werden,

- d. die von den Behörden und Verwaltungsstellen benötigten Daten möglichst einheitlich definiert werden,
- e. einmal erhobene Daten mit Zustimmung der Unternehmen auch weiteren Behörden oder Verwaltungsstellen, die sie benötigen, zur Verfügung stehen.

§ 2. <sup>1</sup> Behörden und Verwaltung sorgen für rasche und einfache Verfahren. Sie legen Bearbeitungsfristen fest und sorgen für eine koordinierte Bearbeitung, wenn mehrere Verwaltungsstellen befasst sind.

Behörden und  
Verwaltung

<sup>2</sup> Sie prüfen periodisch, ob die Vorgaben dieses Gesetzes eingehalten werden.

§ 3. <sup>1</sup> In den Anträgen zu Gesetzen und den Ausführungsbestimmungen wird dargelegt, ob die Vorgaben dieses Gesetzes eingehalten werden. Abweichungen sind zu begründen.

Rechtsetzung

<sup>2</sup> Der Regierungsrat führt eine Regulierungsfolgeabschätzung ein. Ihr werden nach Inkrafttreten dieses Gesetzes alle zukünftigen Erlasse unterzogen.

§ 4. <sup>1</sup> Als Ansprechpartnerin für Wirtschaftsunternehmen wird eine Informations- und Koordinationsstelle bezeichnet, die insbesondere folgende Aufgaben wahrnimmt:

Informations-  
und Koordinationsstelle

- a. Sie erteilt Auskünfte,
- b. sie ermittelt die zuständigen Behörden und Verwaltungsstellen und teilt diese dem Gesuchsteller mit,
- c. sie wirkt allgemein auf die Koordination der Verfahren und des Verkehrs zwischen Gesuchsteller und zuständigen Behörden und Verwaltungsstellen hin,
- d. sie nimmt Hinweise betreffend Anpassungsbedarf bei Vorschriften und Verfahren entgegen, prüft diese und regt Verbesserungen im Sinne dieses Gesetzes an.

<sup>3</sup> Die Stelle berichtet im Geschäftsbericht des Regierungsrats über ihre Tätigkeit.

§ 5. <sup>1</sup> Der Regierungsrat lässt geltendes Recht auf seine Übereinstimmung mit diesem Gesetz überprüfen und passt die von ihm beschlossenen Verordnungen an.

Prüfung des  
geltenden  
Rechts

<sup>2</sup> Er berichtet dem Kantonsrat über die Ergebnisse der Prüfung und über die Anpassungen auf Verordnungsstufe. Er beantragt die erforderlichen Gesetzesänderungen.

<sup>3</sup> Bericht und Antrag gemäss Abs. 2 sind innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vorzulegen. Der Kantonsrat kann die Frist verlängern.

<sup>4</sup> Die Informations- und Koordinationsstelle koordiniert die Prüfung des geltenden Rechts und die Vorbereitung der Verordnungs- und Gesetzesänderungen. Die Stelle wird von einer vom Regierungsrat gewählten Kommission unterstützt. Die Kommission ist so zu besetzen, dass der Praxisbezug sichergestellt ist. Ein Jahr nach der Berichterstattung und Antragstellung an den Kantonsrat gemäss Abs. 3 wird die Kommission aufgelöst.